REZENSIONEN

<https://doi.org/10.1007/s00350-017-4810-y>

Medizinrecht. Kommentar.

Herausgegeben von Dorothea Prütting, Wolters Kluwer – Luchterhand, Köln 4. Aufl., 2016, 3362 S., geb., € 199,00

Über die thematische Bandbreite des Medizinrechts und seine tiefgehende, oft nur über interdisziplinäre Offenheit erfolgreich zu leistende Ausdifferenzierung muss kein Leser der MedR aufgeklärt werden. Will man auf aktuellem Stand ermessen und ausloten, welches Ausmaß an Vielfalt und Detailliertheit das Medizinrecht erreicht hat, ist die 4. Auflage des längst schon vielfach wieder erprobten *Prütting* der vielleicht beste Weg. Auf 3362 Seiten einschließlich der Verzeichnisse kommentieren 44 Autorinnen und Autoren mit einer homogenen und hohen Qualität den Status Quo und nicht selten auch die Zukunft des schnelllebigen Medizinrechts (Bearbeitungsstand: Februar 2016).

Die Neuauflage setzt entsprechend der regen Gesetzgebungsaktivitäten insbesondere im Recht der Krankenhäuser und der GKV Akzente, indem sie das Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) einschließlich der Rechtsverordnung zum Krankenhausstrukturfonds und das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz umfassend in Kommentierungen übersetzt. Die Änderungen, die der 118. Deutsche Ärztetag gebracht hat, finden sich ebenso ausgewertet, wie die Neuerungen des Präventionsgesetzes (PrävG). Ebenso verarbeitet die Neuauflage souverän und gründlich die zwischenzeitlichen Rechtsprechungsentwicklungen, was etwa für die jüngere Rechtsprechung zur Patientenverfügung (§ 1901a BGB, Rdnr. 4 bei *Höfling/Engels*) oder zu den Grenzen der Substitutionsbehandlung gilt (§ 13 BtMG, Rdnr. 45 bei *Laurinat*). Allgemein gewinnt man auch über die neuen Vorschriften hinaus den Eindruck eines lebendigen Kommentars, der sich von Auflage zu Auflage entwickelt.

Zu der zunehmend bedeutsamen strafrechtlichen Dimension des Gesundheitswesens erweist sich der Kommentar durch praktisch wie wissenschaftlich erfahrene Autoren als besonders zuverlässig und gewinnbringend. Für Medizinrechtler, die wie der Rezensent vor allem strafrechtlich tätig sind, ist in der 4. Auflage gerade die Neukommentierung des § 217 StGB von Interesse. Der Tatbestand der „Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ wird von *Duttge* kritisch eingeführt. Er stellt zahlreiche, auch nach meiner Ansicht überzeugende Zweifel an der Legitimität der Norm heraus. *Duttge* versäumt es zudem nicht, die Merkmale der Norm nach der Konzeption der Parlamentsmehrheit zu präzisieren. Vielmehr legt er der Praxis im Gesundheitswesen – sehr hilfreich – zusätzlich diskutabile Ausstrahlungswirkungen dar, die auf dem Boden der Norm zu weiteren Strafbarkeitsrisiken nach den Tötungsdelikten führen könnten (§ 217, Rdnrn. 15, 20). Ob *Duttge* indes richtigliegt, wenn er im Kontext der Palliativmedizin scheinbar jede Einschränkung des Kernbegriffs der Geschäftsmäßigkeit ablehnt, indem er den Restriktionsvorschlag von *Oglacioglu* zurückweist (§ 217, Rdnrn. 13, 16), sollte Gegenstand der weiteren Debatte sein (siehe *Gaede*, medstra 2016, 65).

Vergünstigt kann der Kommentar mit einer gut erreichbaren Online-Ausgabe genutzt werden. Er verbessert hiermit nochmals das ohnehin bereits sehr überzeugende Preis-Leistungsverhältnis. Der *Prütting* hat auch damit alles dafür getan, seine Verbreitung weiter zu vergrößern. Seinen Charakter als Standardwerk der medizinrechtlichen Literatur hat er mit dieser Auflage nochmals gefestigt. Aus gutem Grund ist deshalb auch die zuvor auf Rechtsanwälte bzw. Fachanwälte ausgerichtete Bezeichnung entfallen. Der *Prütting* wird längst auch als Referenzwerk von Gerichten und weiteren Nutzergruppen in Praxis und Wissenschaft genutzt.

Fragen mag man sich lediglich, ob nicht der Schritt zu einem zweibändigen Kommentar angesichts der stets wachsenden Themen und der bisweilen feststellbaren Normenflut diskutabel oder mittelfristig auch zur Erhaltung des übersichtlichen Schriftbildes angemessen sein

könnte. Man denke etwa an die neu zu integrierenden §§ 299a, 299b StGB oder an Normen, die etwa im AMG, BGB, SGB V oder TPG bislang noch von einer Kommentierung ausgenommen worden sind. Angesichts der starken Stellung, die sich das Werk bereits erarbeitet hat, würde sich der *Prütting* auch als zweibändiger Kommentar behaupten und seine Stellung eher erneut ausbauen.

Karsten Gaede

Die Honorarverteilung im Vertragsarztrecht – Insbesondere zum Grundsatz der Honorarverteilungsgerechtigkeit.

Von Monique Amoulong, Duncker & Humblot, Schriften zum Gesundheitsrecht Bd. 47, 2017, 334 S., kart., € 89,90

Die Regelungen zur Honorarverteilung im Vertragsarztrecht haben schon einigen Juristen und Ärzten Kopfschmerzen bereitet. Hier besteht ein komplexes, ineinandergreifendes Normgefüge von gesetzlichen Vorgaben (§§ 87 ff. SGB V) und untergesetzlichen Regelungen, das durch häufige Änderungen ständig in Bewegung bleibt. *Amoulong* hat sich der Thematik angenommen und ein Buch geschrieben, das in einer gelungen Mischung Klarheit schafft und Fragen aufwirft.

Die Dissertation, die 2016 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg angenommen und von Prof. *Peter Axer* betreut wurde, beginnt mit der Darstellung von Grundlagen. In Teil A der Arbeit (S. 24–48) wird das System der Leistungserbringung durch Vertragsärzte, also insbesondere das Leistungs- und Leistungserbringungsrecht sowie das „vertragsarztrechtliche Vierecksverhältnis“ erläutert. Teil B der Arbeit (S. 49–161) widmet sich dem Themenbereich der Honorarverteilung im Vertragsarztrecht. Hier werden die wichtigen Pfeiler der Honorarverteilung näher betrachtet. Schritt für Schritt führt *Amoulong* den Leser durch das Leistungsverzeichnis und die Regelungen des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes, erläutert die gesetzlichen Vorgaben für den Honorarverteilungsmaßstab und ordnet die regionale Euro-Gebührenordnung in das Normgefüge der Honorarverteilung ein. Teil A und Teil B nehmen vom Umfang her etwa die Hälfte des Buches in Anspruch und das ist auch gut so. Denn alle weiteren Ausführungen bauen darauf auf und setzen das darin vermittelte Verständnis voraus.

Vor dem Hintergrund des Rechtsnormcharakters des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes, des Honorarverteilungsmaßstabes und der regionalen Euro-Gebührenordnung stellt *Amoulong* in Teil C (S. 162–188) der Arbeit dann die Frage nach der Vereinbarkeit der Normsetzung mit Art. 20 Abs. 2 GG – eine Thematik, die aufgrund der umfassend geführten Debatte um die demokratische Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses oft zu kurz kommt. *Amoulong* gelangt zu dem gut begründeten Ergebnis, dass die zur Normsetzung befugten Organe der gemeinsamen Selbstverwaltung (Bewertungsausschuss und Kassenärztliche Vereinigungen) ausreichend demokratisch legitimiert sind und kein Verstoß gegen das Demokratieprinzip besteht.

Die Teile D, E und F der Arbeit greifen dann die Thematik des Untertitels auf. Teil D (S. 189–226) beschreibt die Entwicklung des Grundsatzes der Honorarverteilungsgerechtigkeit (Art. 12 Abs. 1 i. V. mit Art. 3 Abs. 1 GG) durch die Rechtsprechung des BSG. Dabei arbeitet *Amoulong* sorgfältig die Fallgruppen heraus, hinsichtlich derer das BSG den Grundsatz der Honorarverteilungsgerechtigkeit in unterschiedlicher Weise ausgeformt hat. Vertieft wird dies in Teil E der Arbeit (S. 227–246). *Amoulong* hat sich die entsprechenden Urteile des BSG genau angesehen – ihre Ausführungen zeugen von einer tiefen Kenntnis der Rechtsprechung. Kritisch werden die Urteile einer genauen Prüfung unterzogen, wobei auch die vom BSG gewählten Begrifflichkeiten in den Blick genommen werden.

Prof. Dr. iur. Karsten Gaede,
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Medizinrecht/
Lehrstuhl für Strafrecht II, Bucerius Law School,
Jungiusstr. 6, 20355 Hamburg, Deutschland

Dr. iur. Anne Barbara Lungstras, Richterin am Sozialgericht,
Sozialgericht Berlin,
Invalidenstraße 52, 10557 Berlin, Deutschland